



Barbara Woltmann

Berliner Wochenbericht

März II 2017

CDU/CSU
Fraktion im Deutschen Bundestag

Kriminelles Vermögen - Verbrechen dürfen sich nicht lohnen

Wir haben im Bundestag ein Gesetz verabschiedet, das dem Staat in Zukunft bessere Möglichkeiten bieten wird, die Organisierte Kriminalität und Terrorfinanzierung effektiver zu bekämpfen. Mit dem „Gesetz zur Vermögensabschöpfung“ können nun Vermögen, die keiner Straftat zuzuordnen sind, aber offensichtlich aus kriminellen Aktivitäten stammen, eingezogen werden. Die Union hat ihre Forderung durchgesetzt, auch Gewinne aus Menschenhandel und Zuhälterei einfacher abschöpfen zu können. Gerade in diesem unmenschlichen Gewerbebereich der Organisierten Kriminalität wäre eine andere Entscheidung nicht verständlich gewesen. Insgesamt vereinfachen wir den Gerichten und Staatsanwaltschaften den Einsatz der Vermögensabschöpfung, ohne die Rechte der Betroffenen zu beschneiden. Als Union sagen wir ganz klar: Verbrechen dürfen sich nicht lohnen! Die Abschöpfungslücken, die es bis jetzt noch gegeben hatte und von vielen Kriminellen genutzt wurden, haben wir mit dem Gesetz nun geschlossen. Wir vereinfachen die Einziehung kriminell erlangter Vermögenswerte, erleichtern deren vorläufige Sicherstellung und stärken die Opfer dieser Straftaten durch eine bessere Rechtsposition.

Dabei bleiben wir unserem Leitbild des Opferschutzes auch bei diesem „Gesetz zur Vermögensabschöpfung“ treu. Bisher galt bei der Entschädigung von Vermögensstraftaten: Wer zuerst kommt, mahlt zuerst. Mit der Reform sollen nun alle Geschädigten gleichermaßen profitieren.

Demografiepolitische Bilanz der Bundesregierung

Unter der Überschrift „Jedes Alter zählt - Für mehr Wohlstand und Lebensqualität aller Generationen“ stellte die Bundesregierung ihre demografiepolitische Bilanz zum Ende der 18. Wahlperiode vor, die wir im Plenum des Deutschen Bundestages diskutierten. Fakt ist: Wir bleiben auch im Alter immer gesünder und werden deshalb älter. Die Einführung der Flexi-Rente, die es älteren Arbeitnehmern ermöglicht, auch über das Renteneintrittsalter hinaus weiter zu arbeiten, ist ein Schritt in die richtige Richtung gewesen - im Gegensatz zur von der SPD lancierten Rente mit 63, die nicht zukunftsgerichtet ist. Für die Deckung des künftigen Fachkräftemangels müssen wir aber auch in Zukunft die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Betreuungsinfrastruktur, also auch die Sicherung der Kindertagesbetreuung über den Vormittag hinaus, verbessern. Der Fachkräftemangel sollte zusätzlich durch eine gesteuerte Einwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt bekämpft werden - ich setze mich wiederholt für ein Einwanderungsgesetz ein!

Auch die Digitalisierung unserer Gesellschaft bietet Chancen für alle Generationen. Intelligentes Wohnen, autonomes Fahren spielen eine zukunftssträchtige Rolle. Dafür muss der Breitbandausbau so schnell wie möglich abgeschlossen werden. Ich sehe uns auf einem guten Weg!

Vorschau - Termine

April 2017

Berlin

**Sitzungswoche
24.-28. April**

**24. April, 10.00 Uhr
Übergabe des
Antisemitismusberichts
des Bundesministeriums
des Innern an den Bundes-
tagspräsidenten**
Berlin

**26. April, 16.00 Uhr
Tag der Inneren Sicherheit
Veranstaltung der CDU/
CSU-Bundestagsfraktion**
Berlin

**28. April, 14.00 Uhr
Sitzung des Bundesvor-
standes der Frauen Union
Deutschlands**
Berlin

Wahlkreis

**3. April, 18.30 Uhr
Oldenburger Sport-Gala**
Theater Laboratorium
Kleine Straße 8,
Oldenburg

**5. April, 19.00 Uhr
Mitgliederversammlung
CDU Bad Zwischenahn**
Juncker van der Spekken
Bad Zwischenahn

**6. April, 16.00 Uhr
Bürgersprechstunde im
Wahlkreisbüro
Bad Zwischenahn**
Langenhof 2, Bad Zwischenahn

Kontakt

Büro Berlin

Barbara Woltmann MdB

Platz der Republik

11011 Berlin

Tel: (030) 227-78366

barbara.woltmann.ma04@bundestag.de

Berliner Wochenbericht

März II 2017

CDU **CSU**
Fraktion im Deutschen Bundestag

CDU-Wahlerfolg im Saarland

Der Wahlsieg am vergangenen Wochenende ist ein guter Auftakt für uns ins Wahljahr. Ich beglückwünsche die CDU im Saarland mit Annegret Kramp-Karrenbauer an der Spitze zu ihrem eindrucksvollen Ergebnis. Das Wahlergebnis ist nicht nur Beleg für eine gute Ministerpräsidentin. Dies zeigt, dass die meisten Bürger einer stabilen, sicheren Regierung eher zutrauen, die Zukunft gut zu gestalten als einem rot-roten Experiment. Die SPD muss nun erklären, wie sie es mit der Linkspartei im Bund hält, die die Nato auflösen und die russische Aggression gegen die Ukraine einfach hinnehmen will. Leitfiguren der Linken wie Sarah Wagenknecht lassen keine Zweifel daran, dass sie ein anderes Deutschland wollen: Ohne solide Haushaltsführung, ohne innere Sicherheit, Bleiberecht für alle statt Ausweisung krimineller Zuwanderer. Wir als Union haben eine klare Position: Wir koalieren weder mit den Populisten von links noch von rechts. Von dieser Klarheit ist die SPD weit entfernt. Eines belegt das Ergebnis im Saarland auch: Die Prognosen werden schwieriger, denn kaum einer von uns hätte ein solches Ergebnis erwartet. Die Meinungsforschungsinstitute prognostizierten ein Kopf-an-Kopf-Rennen von CDU und SPD. Das zeigt uns allen, aber gerade den Wahlkämpfern in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, dass wir uns von Umfragen nicht zu stark beeinflussen lassen sollten, sondern mit Zuversicht und innerer Haltung für unsere Position werben müssen.

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Frauen verdienen im Durchschnitt immer noch weniger als Männer. Um das zu ändern, haben wir der Bundestag ein Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit beschlossen. Damit wird das Prinzip "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" erstmals in einem eigenen Gesetz konkret festgeschrieben. Die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern beträgt im Durchschnitt 21 Prozent. Selbst wenn man herausrechnet, dass Frauen häufiger in Teilzeit arbeiten, seltener in Führungspositionen aufsteigen oder eher in sozialen Berufen mit geringen Verdiensten tätig sind, bleibt noch immer eine Lücke von sieben Prozent im Durchschnitt. Damit das nicht länger so bleibt, haben wir nun ein Gesetz verabschiedet, das die Transparenz von Entgeltregelungen fördert. Seit 2010 haben wir von der Frauen Union nicht locker gelassen und uns massiv für eine gesetzliche Regelung zur Lohngerechtigkeit eingesetzt. Ein schöner Erfolg für uns und alle Frauen!

Zusammen für Europa

Gerade in der heutigen Zeit ist es wichtiger denn je, für ein gemeinsames Europa einzustehen. Deshalb habe ich zur 60-Jahr-Feier der Unterzeichnung der Römischen Verträge an einer Pro-Europa Demonstration in Berlin teilgenommen. Europa bleibt unsere Zukunft und wird von einer breiten Mehrheit getragen, die sich aber auch in der Öffentlichkeit zeigen muss! Europa hat in den letzten 60 Jahren Wohlstand und Frieden gebracht - diese wohl größten Geschenke der Gründungsväter Europas gilt es zu bewahren. Die Aufgabe von uns allen ist es, jetzt mehr für Europa einzutreten und zu kämpfen!

